



11 | Für eine vernunftbasierte Energie- und Klimapolitik

Energiepolitik

Die Debatte um die Energie- und Klimapolitik hat inzwischen hysterische Züge angenommen. Faktenorientierte Bestandsaufnahmen und sachlich-nüchterne Lösungsvorschläge bleiben in der von Einseitigkeit und utopischen Visionen geprägten Debatte auf der Strecke. Demgegenüber gilt es, die energie- und klimapolitischen Fragen an den Bestandsaufnahmen der Wissenschaft und an den Bedingungen unserer modernen Wirtschaftsgesellschaft zu orientieren.

Energiepolitik ohne ideologische Einflüsse

Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte und von der rot-rot-grünen Landesregierung massiv unterstützte sogenannte Energiewende entpuppt sich längst als ideologische Utopie. Statt einer Verbesserung des Klimas und einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes bewirkt sie lediglich eine instabile Stromversorgung und sorgt für einen immer weiter ansteigenden Strompreis.

Die „Energiewende“ schadet unserer Wirtschaft und ist sozial ungerecht.

Die Energiewendepolitik gefährdet durch den hohen Strompreis Industrie- und Gewerbetriebe in Thüringen und belastet vor allem auch einkommensschwache Thüringer. Denn um die Investitionen in die sogenannten „erneuerbare“ Energien zu fördern, wurden die Netzbetreiber unseres Landes von den Altparteien gesetzlich (vor allem mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) nicht nur dazu verpflichtet, den überflüssigen Strom aus Anlagen zur Erzeugung „erneuerbaren“ Energien abzunehmen – die Netzbetreiber müssen diesen völlig am Bedarf vorbei produzierten Strom auch noch mit garantierten Preisen vergüten, die in aller Regel ein Mehrfaches über dem Marktwert des Stromes liegen. Häufig muss dieser unnötige Strom teuer ins Ausland verkauft werden, nur um ihn ein paar Stunden später erneut zurückzukaufen (wenn z. B. in Flautephasen nicht genügend Wind weht), um den Strombedarf zu decken.

Über den Strompreis bezahlen selbst die ärmsten Bürger unseres Landes die Kosten dieser irrationalen Stromversorgungspolitik zwangsweise mit. Mit dieser ideologisch motivierten Umverteilung des Geldes von den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zu vermögenden Investoren muss endlich Schluss sein!

Daher lehnen wir die sogenannte Energiewende ab und treten für eine Neuordnung der nationalen Energiepolitik ein. Unser Ziel ist es, in unserem modernen, hochentwickelten Industrieland wieder die zuverlässige, sichere und preisgünstige Stromversorgung zu organisieren, die wir vor zehn Jahren noch hatten.

Hierzu setzen wir mittelfristig auf moderne Gaskraftwerke, die sauber, umweltfreundlich und preisgünstig Strom dann erzeugen, wenn er wirklich benötigt wird. Mit Russland, Norwegen und den Niederlanden verfügen wir über extrem zuverlässige Gaslieferanten. Selbst Russland hat in der Hochphase der Konfrontation im Kalten Krieg die Erdgasabhängigkeit Deutschlands nie für politischen Druck missbraucht. Alles spricht dafür, mit diesem Land eine verlässliche Energiepartnerschaft zu begründen, statt sich gegenseitig mit Sanktionen zum Vorteil anderer zu bekämpfen. Darüber hinaus möchten wir weiteren Gaslieferanten den Zugang zum deutschen Netz ermöglichen.

Mittelfristig muss die Energieversorgung verstärkt auf Gaskraftwerke setzen.

„Erneuerbare“ Energien nur im Einklang mit sicherer Versorgung und Naturschutz

Eine vernünftige Energiepolitik setzt voraus, dass hierbei zu entscheidende Technologiefragen in erster Linie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft, insbesondere hinsichtlich einer preisgünstigen und sicheren Energieversorgung, des Umweltschutzes und ökonomischer Grundsätze beantwortet werden. Dies geschieht bei der in Deutschland und somit auch in Thüringen politisch betriebenen Energiewende nicht. Denn den „erneuerbaren Energien“ wird aus ideologischen Gründen von vornherein der Vorrang eingeräumt. Dabei hat sich längst herausgestellt, dass dieser Systemwechsel Energie in Deutschland nicht nur massiv verteuert hat – er macht das Energieversorgungssystem auch unsicher. Nicht zuletzt verstößt es gegen Grundsätze der Logik, wenn die Altparteien für Windkraftanlagen viele Hektar Wald roden möchten.

Die Bevorzugung bestimmter Energiequellen durch Subventionen auf Kosten der Verbraucher und der Wirtschaft lehnen wir ab.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Einsatz erneuerbarer Energien, wollen aber deren Förderung durch garantierte Abnahmepreise für Neuanlagen beenden. Allgemein muss eine Abkehr vom bisherigen Subventionsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zur weitgehenden Marktintegration „erneuerbarer“ Energien erfolgen.

Zudem muss die Einspeisung erneuerbarer Energien endlich an der Stromnachfrage orientiert werden, um die Schaffung teurer Netzinfrastruktur auf das erforderliche Maß zu beschränken und die damit verbundenen Eingriffe in die Umwelt zu vermindern. Wir werden Betreiber von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien – wie jeden anderen Stromkunden auch – an den Netzbetriebskosten angemessen beteiligen.

Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab. Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch weitgehend unbelasteter Flächen für Photovoltaikanlagen. In der Nähe von Wohnbebauung verlangen wir einen Mindestabstand des Zehnfachen der Höhe der Windkraftanlage (10-H-Regel). Zusätzlich fordern wir, dass für Windkraftanlagen eine Haftpflichtversicherung und eine regelmäßige Prüfpflicht durch einen unabhängigen Sachverständigen gesetzlich vorgeschrieben werden.

Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab.

Bürger müssen über den Bau von Windkraft- oder Biogasanlagen mitentscheiden.

Auf kommunaler Ebene wollen wir sicherstellen, dass die betroffenen Bürger vor Ort deutlich mehr Einfluss als bisher auf die Entscheidung erhalten, ob Windkraftanlagen oder Biogasanlagen in ihrer Nähe zugelassen werden oder nicht.

Keine neuen Stromtrassen in Thüringen

Allen anderen Behauptungen zum Trotz sind die großen Stromtrassenprojekte wie SuedLink & Co. direkte Folge der planlosen Energiewendepolitik, die alle Altparteien in Thüringen mittragen. Das Stromnetz in Deutschland ist regelmäßig um ein Mehrfaches mit Strom aus Windkraft- und Solaranlagen überspeist. Die Leitungsprojekte, die nun auch Thüringen belasten sollen, dienen hauptsächlich dem Zweck, die Überspeisung des Netzes aus der im Norden Deutschlands installierten Windkraft in die Verbrauchszentren nach Süddeutschland abtransportieren zu können. Allein die Investitionen in diese gigantischen Stromtrassen werden voraussichtlich über hundert Milliarden Euro Steuergelder kosten, wenn die Energiewende weitergeführt wird.

Wenn die Vertreter der Altparteien in Thüringen nun verlangen, dass die Stromleitungen in benachbarten Bundesländern verlaufen, schieben sie das von ihnen mit verursachte Problem lediglich auf andere Regionen ab, statt es im Sinne der Bürger zu lösen.

Der Netzausbau wäre jedoch gar nicht notwendig, wenn in Fällen der Überspeisung des Netzes mit „erneuerbaren“ Energien deren Erzeugungsanlagen entschädigungslos abgeschaltet werden könnten. Als einzige von den in den Parlamenten vertretenen Parteien fordert daher die AfD, den Einspeisevorrang „erneuerbarer“ Energien zu beenden und Anlagen, die durch Überspeisung des Netzes für das Entstehen kritischer Energieversorgungssituationen verantwortlich sind, an den Kosten für deren Behebung zu beteiligen. Das ist unsere Alternative zu neuen Stromtrassen durch Thüringen. SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ab.

SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ab – stattdessen ist der Einspeisevorrang „erneuerbarer“ Energien zu beenden.

Energiespeicherung

Trotz anderslautender Behauptungen kann die durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen erzeugte Elektroenergie nicht wirtschaftlich gespeichert werden. Die derzeit zur Verfügung stehenden Technologielösungen haben eine geringe Effizienz und verteuern den effektiv gespeicherten elektrischen Strom derart drastisch, dass eine landesweite ausreichende Versorgung mit Speichern faktisch unbezahlbar ist.

Wir werden uns daher in erster Linie dafür einsetzen, dass die existierenden Pumpspeicherkraftwerke endlich Netzzugangs- und Marktbedingungen erhalten, um ihr Potenzial als einzige wirtschaftlich betreibbare Energiespeicher wieder zu entfalten. Einen Neubau von Pumpspeicherkraftwerken lehnen wir wegen des erforderlichen Flächenverbrauchs und des schlechten Preis-Leistungs-Verhältnisses ab. Wir

werden uns dafür einsetzen, dass die von entsprechenden Projekten betroffenen Regionen und ihre Bürger das Letztentscheidungsrecht erhalten.

Investitionen in Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien werden wir fördern, wenn dadurch die langfristige Ansiedlung von Industriearbeitsplätzen in Thüringen ermöglicht wird. Eine Förderung des Vertriebs von Stromspeichern durch Subventionen auf Steuerzahlerkosten, wie sie die Altparteien praktizieren, lehnen wir ab.

Strom- und Wärmeerzeugung in Thüringen

Bei der Stromerzeugung setzen wir vor allem auf die saubere Gastechologie, am besten im Verbund mit der Nutzung der Abwärme für Heizungszwecke. Wir werden aber darüber hinaus alle energiepolitischen Maßnahmen fördern, welche die saubere, konventionelle und vor allem entsprechend dem Bedarf regulierte Stromerzeugung wieder wirtschaftlich machen. Dazu zählt in erster Linie die Beendigung des Einspeisevorrangs für „erneuerbare“ Energien, sodass die modernen und sauberen konventionellen Kraftwerke unserer Thüringer Stadtwerke wieder bestimmungsgemäß ausgelastet und dadurch wirtschaftlich betrieben werden können. Noch eine Stadtwerkspleite wie im Fall der Stadtwerke Gera darf es in Thüringen nicht geben.

Thüringen verfügt bereits über eine bedeutende Anzahl an Wasserkraftwerken. Um eine konstante und für den Verbraucher günstige sowie umweltfreundliche Stromversorgung sicherstellen zu können, wollen wir den Betrieb dieser Anlagen erleichtern.

Energieeffizienz im Wohnungsbau

Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie ist uns als AfD sehr wichtig. Die derzeitigen Dämmungsvorschriften für Gebäude gehen unserer Ansicht nach über ein vernünftiges Maß weit hinaus – sie verteuern und verzögern Bauvorhaben unnötig. Die AfD lehnt die zwangsweise Verpflichtung von Eigentümern und Energieverbrauchern zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und Verbrauchseinrichtungen daher ab. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften auf das erforderliche Maß zu beschränken. Auf Landesebene wollen wir im Rahmen des Bürokratieabbaus unnötige Vorgaben aufheben.

Der Klimawandel in Thüringen

Die Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung wird von den Altparteien mit dem Argument des „menschengerichteten Klimawandels“ begründet. Die AfD sieht bei der Begründung des Zusammenhangs zwischen der langfristig vorhergesagten Klimaentwicklung und den menschengemachten Treibhausgas-Emissionen erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten. Unstrittig ist jedoch, dass sich das Klima auf unserem Planeten schon immer gewandelt hat und es sich auch derzeit im Wandel befindet.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Altparteien ist aus vielerlei Gründen widersinnig: Die im Pariser Abkommen vereinbarte Reduktion von CO₂-Emissionen betrifft nämlich faktisch nur moderne Industrienationen wie Deutschland, die bereits nur einen sehr geringen Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen haben. Insbesondere den im Vergleich zu Deutschland großen CO₂-Emittenten wie Indien und China erlaubt das Pariser Abkommen sogar drastische CO₂-Steigerungen, welche alle Emissionssenkungsbemühungen westlicher Industrienationen um ein Vielfaches überschreiten und damit faktisch ad absurdum führen.

Das Pariser Abkommen ist eine Mogelpackung. Die derzeitige Klimaschutzpolitik läuft auf eine Deindustrialisierung westlicher Industrienationen zugunsten junger Industrienationen wie Indien und China hinaus.

Ein Blick in das Pariser Abkommen offenbart, dass die weltweite CO₂-Reduktion zur Rettung des Weltklimas unseren Bürgern von den Altparteien und den etablierten Medien nur vorgegaukelt wird. Faktisch läuft die derzeitige Klimaschutzpolitik nämlich lediglich auf eine Deindustrialisierung westlicher Industrienationen zugunsten junger Industrienationen wie Indien und China hinaus. Hierzu haben die Altparteien auf internationaler Ebene ihre Zustimmung gegeben.

Bereits jetzt werden die Folgen dieser gegen unsere Interessen gerichteten Politik auch in Thüringen spürbar. Sie zerstört nämlich nicht nur die Weltmarktführerrolle großer deutscher Automobilkonzerne, sondern damit auch die Geschäftsgrundlage der bei uns ansässigen Zuliefererindustrie.

Eine Fortsetzung dieser Politik würde jedoch nicht nur eine gewaltige Vermögensumverteilung, den Verlust von Millionen Arbeitsplätzen und Wohlstand bedeuten, sondern auch drastische Konsequenzen für die Umwelt und den Ressourcenverbrauch zur Folge haben. Zwar wird die Klimaschutzpolitik mit dem Ziel des Schutzes natürlicher Ressourcen und der Umwelt begründet. Faktisch erfolgt jedoch genau das Gegenteil: Für hochprofitable Windkraftanlagen wohlhabender Investoren

und Ökoindustrieller werden natürliche CO₂-Senken in unseren Wäldern abgeholzt, um angeblich CO₂ zu sparen. Zehntausende Tonnen schwere Betonfundamente werden in sensible Waldböden gegossen. Man nimmt den Tod von Hunderttausenden unter Naturschutz stehenden Vögeln, Fledermäusen und Insekten dafür in Kauf. Auch die für angeblich „grüne“ Bioenergie angebauten Mais- und Raps-Monokulturen haben desaströse Folgen für die Biodiversität. Völlig außer Betracht bleibt bei der derzeitigen Klimaschutzpolitik der Altparteien, dass die für Windkraftanlagen benötigten Seltenen Erden und Metalle unter schlimmsten Umweltfreveln mit Kinderarbeit in afrikanischen Minen gefördert werden. Diese Politik, die gegen jegliches sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Verantwortungsbewusstsein verstößt, tragen wir daher nicht mit.

Die „Klimaschutzpolitik“ schadet unserer Umwelt und der Thüringer Wirtschaft.

Die AfD setzt sich stattdessen dafür ein, die Folgen des Klimawandels in Thüringen in den Griff zu bekommen. Dies kann unter anderem durch die Unterstützung von Investitionen in Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft, in einen verbesserten Hochwasserschutz, in einen dürrebeständigen Waldumbau, in die Prävention von Waldbränden und in eine ausreichende Klimatisierung von Gebäuden geschehen. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Erforschung und Weiterentwicklung von Technologien, welche unsere Gesellschaft jenseits politischer Täuschungen und Taschenspielertricks tatsächlich emissionsärmer und ressourcenschonender machen können.

Wir sind zudem der Überzeugung, dass dem Ressourcenschutz und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserer Erde viel besser gedient wäre, wenn sich die Entwicklungshilfe in Afrika, im Nahen Osten und in Asien auf emissionsärmere und umweltfreundlichere Technologien bei der Energieerzeugung konzentrieren würde. Darüber hinaus setzen wir uns für ein konsequentes Verbot von Müllexporten ein.

Wir wollen keinen Export von Müll ins Ausland.